

---

Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke; Einführung eines Sozialpasses für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen

KSD 20090842

---

An  
Frau Oberbürgermeisterin  
  
Dr. Eva Lohse

**DIE LINKE.**  
Stadtratsfraktion Ludwigshafen

Elke Bauer  
Fraktionsvorsitzende  
Adolf-Kolping-Str. 9  
67071 Ludwigshafen

**Antrag zur Stadtratssitzung am 07.12.09  
Einführung eines Sozialpasses für die Kreisfreie Stadt Ludwigshafen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur Stadtratssitzung am 07.12.09 stellen wir den folgenden Antrag:

**Sozialpass Ludwigshafen**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Einführung eines Sozialpasses in Ludwigshafen zu erarbeiten und innerhalb des nächsten Jahres dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen. Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertreter/innen der zuständigen Geschäftsbereiche sowie je ein/e Vertreter/in aller Stadtratsfraktionen begleitet den Prozess.

Dieser Sozialpass soll Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ludwigshafen, welche lediglich über ein geringes Einkommen verfügen, in die Lage versetzen, wieder am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben und ihre Mobilitätsmöglichkeiten verbessern.

In diesem Konzept sollen folgende Maßnahmen berücksichtigt werden:

- Preisermäßigung für die Nutzung des ÖPNV
- Preisermäßigung beim Besuch kultureller Einrichtungen (Theater, Museen, Bibliotheken, Musik-Schule etc.)
- Preisermäßigung bei Nutzung von Angeboten der Volkshochschule
- Preisermäßigung bei Nutzung von öffentlichen Schwimmbädern sowie bei den Mitgliedsbeiträgen für Sportvereine
- Preisermäßigung bei den Mitgliedsbeiträgen sonstiger Vereine und Verbände

Darüber hinaus berechtigt der Ausweis den Erhalt von gesonderten Zuwendungen in schwierigen Lebenslagen, beispielsweise Zuschüsse zu Klassenfahrten, schulischer Grundausstattung sowie kostenloser Verpflegung in Ganztagsbetreuungseinrichtungen und –schulen.

Der Sozialpass soll auf Antrag allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ludwigshafen ausgestellt werden, die ein Einkommen unterhalb der jeweils gültigen Pfändungsfreigrenze haben.

### **Antragsbegründung:**

Durch die Einführung von Hartz IV, der Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit und der Unterwanderung der Tarifröhne ist die Anzahl armer Familien in Deutschland massiv gestiegen.

Verschärft wird die Situation durch die zu bewältigende weltweite Wirtschaftskrise, die zu einer weiteren Verarmung vieler Menschen führt bzw. bereits geführt hat.

Wer arm ist, darf nicht vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Denn soziale Teilhabe und Mobilität sind eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben.

Der Sozialpass stellt eine wirksame Maßnahme dar, sozialer Ausgrenzung und Isolation vieler Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene entgegen zu wirken. Dadurch bekommen diese Menschen wieder die Chance, sich als aktives Mitglied der Gesellschaft zu begreifen und werden zu Engagement und Übernahme von Verantwortung ermutigt.

Auch die EU hat dies erkannt und deshalb das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. Dadurch sind auch die Kommunen aufgerufen, Handlungsstrategien zur Überwindung von Armut zu entwerfen.

Der Fraktion DIE LINKE ist die angespannte Haushaltslage durchaus bewusst. Bei der Kosten – Nutzenrechnung ist allerdings zu berücksichtigen, dass die bisherigen Integrationsbemühungen hohe Kosten für die Allgemeinheit verursachten, die durch die (Re-)Integration der Betroffenen in die Gesellschaft reduziert werden.

Es handelt sich folglich um eine Investition in die Zukunft vieler Menschen dieser Stadt und ist auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Images der Stadt Ludwigshafen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Elke Bauer  
Fraktionsvorsitzende